

CDU-FRAKTION IM RAT DER STADT KREFELD  
Von-der-Leyen-Platz 1 - Rathaus - 47798 Krefeld



CDU-FRAKTION IM RAT  
DER STADT KREFELD

Frau Ute Meding  
und  
Herrn Dr. Hans-Axel Kemna

Per E-Mail: [me.ding.design@email.de](mailto:me.ding.design@email.de) und [ha.kemna@ucon4d.com](mailto:ha.kemna@ucon4d.com)

26. Sept. 2019

## Regionalplanänderung

Sehr geehrte Frau Meding,  
sehr geehrter Herr Dr. Kemna,

vielen Dank für Ihr Anschreiben vom 9. September 2019 bezüglich der 1. Regionalplanänderung der Bezirksregierung Düsseldorf.

Der Rat der Stadt Krefeld hat in der vergangenen Woche den Beschluss gefasst, dass „im weiteren Prozess der Regionalplanänderung gegenüber der Bezirksregierung Düsseldorf deutlich gemacht wird, dass die vorgeschlagenen Gebiete nicht in eine weitere Prüfung einbezogen werden sollen.“

Des Weiteren hat der Rat auf Vorschlag der CDU beschlossen:

- Bei künftigen Anfragen der Bezirksregierung zu möglichen Flächen zur Wohnbauentwicklung wird die Stadtverwaltung umgehend die Politik und damit auch die Bürgerschaft informieren.
- Die Stadtverwaltung stellt dar, auf welcher fachlichen Grundlage die Krefelder Flächen definiert worden waren und wer daran beteiligt war.

Mit diesen Beschlüssen hoffen wir als CDU-Fraktion, dass wir die große Verunsicherung innerhalb der Bürgerschaft entschärfen können. Gerne übersenden wir Ihnen dazu auch unseren Dringlichkeitsantrag zur Ratssitzung im Anhang.

Da neben der Verunsicherung innerhalb der Bürgerschaft auch die Sachzusammenhänge teilweise nicht bekannt sind, möchte ich dieses Schreiben gerne dazu nutzen, darüber aufzuklären.

Auslöser der Verunsicherung ist eine Anfrage der Bezirksregierung Düsseldorf an alle Kommunen im Regierungsbezirk. Die Bezirksregierung bat um Nennung von potentiellen Flächen zur Baulandentwicklung. Daraufhin hat die Stadt Krefeld, ohne (!) Absprache mit den politischen Gremien und damit auch der CDU-Ratsfraktion, 15 Flächen gemeldet, auf denen in den nächsten Jahren oder auch Jahrzehnten potenziell Bauland entwickelt werden könnte. Für die Bürger besteht derzeit die Möglichkeit, gegen diese Vorschläge Einspruch zu erheben.

Das Wichtigste ist jedoch: Selbst, wenn die Flächen weiter von der Bezirksregierung zur Entwicklung vorgeschlagen werden, kann ohne den Rat der Stadt Krefeld keine Fläche entwickelt beziehungsweise bebaut werden. Bei jeder Entscheidung über eine mögliche Ausweisung von Baugebieten entscheidet einzig und allein der Rat!

Mit dem oben erwähnten Beschluss in der Ratssitzung am 17. September 2019 ist jedoch die Absicht verbunden, dass die im Erarbeitungsbeschluss der Bezirksregierung genannten 14 Flächen im Rahmen der 1. Regionalplanänderung gar nicht erst ausgewiesen werden (Die Stadt Krefeld hatte seinerzeit 15 Flächen an die Bezirksregierung gemeldet. Eine Fläche hatte die Bezirksregierung jedoch gar nicht erst weiterverfolgt, weshalb seitdem nur noch von 14 Flächen die Rede ist).

Zur politischen Diskussion in Krefeld kann ich Ihnen mitteilen, dass über die 14 Flächen erstmals in der Sitzung des Planungsausschusses der Stadt Krefeld am 11. September 2019 diskutiert wurde.

Unser Sprecher im Ausschuss, Ratsherr Jürgen Wettingfeld, erklärte in der Sitzung am 11. September 2019, dass die CDU alle diskutierten Flächen in Krefeld ablehnt. Hierfür führte er vor allem zwei Gründe an: Erstens ist es nicht bekannt, warum und wieso genau die 15 Flächen von der Stadtverwaltung an die Bezirksregierung gemeldet wurden. Und zweitens sehen wir zahlreiche Ungereimtheiten bei den Flächenbeschreibungen. So gab es beispielsweise bei den Flächen im Bereich Oppum-Süd immer wieder unterschiedliche Flächenangaben, wie groß das Baugebiet werden soll. Auch wechselten immer wieder die möglichen Wohntypen (erst Einfamilienhäuser, dann 4-5 geschossige Häuser). Diese Ungereimtheiten sowie die Komplexität des gesamten Themas führen uns zu dem Schluss, alle genannten Flächen für eine künftige Baulandentwicklung abzulehnen.

Dazu kommt auch das Verhalten der Stadtverwaltung und des Oberbürgermeisters:

- Die Verwaltung hat, wie eingangs beschrieben, ohne jegliche Rückmeldung an die Politik die Flächen an die Bezirksregierung gemeldet. Jürgen Wettingfeld kommentierte diesen Umstand im Planungsausschuss mit dem Satz: „Die Verwaltung hat ihre Resterampe aus früheren Diskussionen um mögliche Baugebiete einfach genommen, obwohl diese Flächen schon in der Vergangenheit von der Politik abgelehnt wurden“.
- Auch das Verhalten des Oberbürgermeisters sehen wir als CDU-Fraktion kritisch, denn, so Zitat Jürgen Wettingfeld, „scheinbar hat sich der OB erst gar nicht um das Thema gekümmert, und dann beerdigt er das Thema durch zwei Sätze in seiner Sommerpressekonferenz und hofft, dass seine Untätigkeit oder die Eigenmächtigkeit seiner Verwaltung vergessen werden.“

Diese Argumente hat Jürgen Wettingfeld auch in der Ratssitzung am 17. September 2019 in der gleichen Art und Weise vorgetragen. In der Sitzung einigte sich dann eine Ratsmehrheit gegen die Stimmen der FDP auf den eingangs erwähnten Beschluss des Rates. Diesen Beschluss wird die Stadt Krefeld an die Bezirksregierung als Stellungnahme der Stadt übermitteln. Wir gehen davon aus, dass die Bezirksregierung dieser Stellungnahme folgen wird und die genannten Flächen nicht ausweist.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zum generellen Thema des Wohnungs- oder Hausbaus oder deren Sanierung sagen: In der Öffentlichkeit ist durch die gesamte Diskussion das eigentliche Ziel, Wohnraum zu schaffen, sei es im Außen- oder eben auch im Innenbereich, aus den Augen verloren worden. Daran hat aus unserer Sicht die Krefelder Stadtverwaltung, mit OB Meyer an der Spitze, eine beträchtliche Mitschuld, aber auch die politische Diskussion, die durch viele unwahre oder teilweise populistischen Äußerungen gekennzeichnet war. Als CDU-Fraktion wünschen wir uns, dass wir das Augenmerk wieder darauf richten, dass alle Krefelder Bürgerinnen und Bürger aber auch Bürger, die Krefelder werden wollen, die Chance erhalten, in ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung – ob gekauft oder zur Miete – zu ziehen. Wenn diese dann noch bezahlbar sind beziehungsweise bleiben, wäre für die Stadt viel erreicht.

Wir begrüßen ausdrücklich den bürgerschaftlichen Einsatz von Ihnen und Ihrer Initiative, den auch Herr Läckes bei seinem Besuch des Mallewupp erleben durfte. Im Übrigen war die Fläche im Bereich des Mitmachbauernhofs Mallewupp rund um die Ottostraße bereits im September 2018 Thema im städtischen Planungsausschuss. Damals fasste mein CDU-Ratskollege Jürgen Wettingfeld die Diskussion zusammen,

dass aus Sicht der Verwaltung zum aktuellen Zeitpunkt die Planung nicht rechtssicher durchgeführt werden könne und somit aus städtebaulicher Sicht nicht befürwortet werde. Diese Meinung vertreten wir auch weiterhin.

Vor diesem Hintergrund kann ich Ihnen versichern, dass wir eine Bebauung im Bereich Ottostraße auch in Zukunft für nicht zielführend halten und eine Ausweisung als Bauland auch nicht unterstützen werden.

Sollten Ihrerseits noch Fragen bestehen, stehen wir Ihnen gerne weiterhin zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Philibert Reuters  
Vorsitzender